

Monatsbrief November 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 18. November fand in Hannover die 2. Tagung der 13. Landeskonferenz der KPF Niedersachsen statt, an der 24 Genossinnen und Genossen teilnahmen. Als Gast herzlich begrüßt wurde Ellen Brombacher, Bundessprecherin der KPF, die in ihrem Referat auf die Lage der Partei nach der Bundestagswahl einging. Im Bericht des LandessprecherINNENrats nahmen Christine Melcher, Rita Krüger und Ulrich Vanek kritisch zum Landtagswahlkampf, zum Wahlausgang und zum Landesparteitag Stellung; toller Wahlkampf, tolle Kandidaten, nur die Wählerinnen und Wähler waren leider so bescheuert, das nicht zu würdigen! Das ist kurzgefasst das Urteil des geschäftsführenden Landesvorstands und bedarf aus unserer Sicht keines Kommentars. -

Die positive Mitgliederentwicklung der KPF Niedersachsen setzt sich fort. Auf der Konferenz erklärten zwei Genossen ihre Zugehörigkeit zur KPF.

Nach dem Scheitern der Schwampel (= schwarze Ampel) sieht es so aus, als ob wir uns wieder im Wahlkampf befinden (oder doch Neuauflage der GroKo?). Die Bereitschaft der Grünen, sich an einer unionsgeführten Bundesregierung zu beteiligen, macht das ganze Ausmaß des Verrats an den Zielen, für die sie einst angetreten sind, deutlich. Es ist schon widerlich, wie geil sie waren (und noch sind!), „Verantwortung“ zu übernehmen. Die FDP hat aus ihrer Sicht sicherlich klug gehandelt, das sind ja nicht die Dümmersten, denn in der Opposition lassen sich ihre sozialdarwinistischen Vorstellungen wirksamer vertreten.

Dass nun Katja Kipping unmittelbar nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche den vereinigten Mainstreammedien erklärte, dass nun die Zeit reif sei für eine „linke Alternative“, war zu befürchten. Wir sollten sie fragen, wo sie diese „linke Alternative“ verortet. Zugegeben, das wäre eine rhetorische Frage, weil wir die Antwort kennen und feststellen müssen, dass in Teilen unserer Partei der Drang nach „Verantwortung“ zu übernehmen, anscheinend ungebrochen ist. Und so bleibt es eine wichtige Aufgabe der KPF, so wir denn erneut in den Wahlkampf ziehen, deutlich zu machen, dass unsere Verantwortung darin besteht, dass ein Mitregieren hieße, sich der Staatsraison, d.h. den NATO-Bündnisverpflichtungen, zu unterwerfen. Wir wären mitverantwortlich für die Hilfeleistung bei jedem staatsterroristischen Akt der USA, wir wären mitverantwortlich für die Tatsache, dass die jeweils im Weißen Haus amtierenden Drohnenmörder weiterhin ungestört ihre Infrastruktur auf dem Territorium der BRD nutzen dürfen, wir wären mitverantwortlich dafür, dass weiterhin bei uns Nuklearwaffen gelagert werden, deren Vernichtungskraft ausreicht, nicht nur Europa zu pulverisieren... Ein bisschen Krieg darf sein, Genossin Kipping???

Wir appellieren an eure Bereitschaft, für unsere *Mitteilungen* zu spenden, damit ihr Erscheinen auch im 27. Jahr gesichert ist:

DIE LINKE, DE 38 1009 0000 5000 6000 00

Verwendungszweck: 824- 134 und eure sechstellige Lesernummer (LC XXXX) oder euer Name und der Zusatz „Niedersachsen“.

Wir sind sicher, dass wir keine Fehlbitte getan haben und danken euch sehr!

Mit solidarischen Grüßen

Für den LandessprecherINNENrat:
Christine Melcher und Ulrich Vanek